

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abgabepreis: Einzel-Nr. 20. — M. Durch Austräger 115. — M. pro Woche Durch die Post 80. — M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 495. — M. an die Produktivgenossenschaft. Abgabensprechkunde: 5. — 6. Uhr nachmittags. — Postfach Nr. 310 59. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8837.

Freitag, 29. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 20. — M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Berammlungsanzeigen, 5. — M. Kleine Anzeigen per Wort 3. — Markt. — Kell. a. M. Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 75. — Markt.

Verwirklichung des Stinnesprogramms

Massenentlassungen, Mehrarbeit, Keine Erhöhung des Lohnes, Provokation der Eisenbahner und Bergarbeiter.

Wir haben bereits gemeldet, daß am 1. Januar 25 000 Eisenbahner gekündigt werden sollen. 60 000 Eisenbahner sollen entlassen werden. Um diese 60 000 Eisenbahner u. A. schon vor dem 1. März entlassen zu können, will die Cuno-Regierung einen Streik provozieren um so Tausende und Abertausende aufs Straßenspfaster werfen zu können. Sie lehnt kategorisch jede Lohn-erhöhung ab: aus außen- und innerpolitischen Gründen!

Lohnerhöhungen gibt es nicht — die Preise jedoch steigen fortwährend.

Auf Antrag der vier Bergarbeiterverbände beim Reichsverband der deutschen Industrie, Gruppe Bergbau, auf Verhandlungen zur Neufestlegung der Löhne, erwiderte dieser telegraphisch, daß die Bergwerksunternehmer vor dem 10. Januar 1923 nicht zu verhandeln wünschen. Der Verein deutscher Stahl- und Eisenindustrie hat Einspruch gegen weitere Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen bei dem Reichsarbeitsministerium eingereicht.

„Lohnerhöhungen gibt es nicht!“ — das ist der Ruf der Unternehmer, aber die Preise steigen fortwährend. In der Woche vom 11. bis 17. Dezember sind die Lebenshaltungskosten in Berlin (und anderwärts ist es ähnlich) um 51 Prozent gestiegen. Gegen den Monat November beträgt die Steigerung 83 Prozent. Die Kosten des Existenzminimums sind gegenüber der Vorkriegszeit um das 110fache gestiegen. Wie steht es aber mit den Löhnen? Selbst die bestbezahlten Gruppen erhalten einen Lohn, der weit hinter dem Existenzminimum zurückbleibt, in einer ganzen Anzahl von Berufsgruppen beträgt der Lohn weniger als die Hälfte des Existenzminimums — aber Lohnerhöhungen gibt es nicht.

Die großkapitalistische Regierung Cuno, die von der BVPD immer effener und rücksichtsloser unterstützt wird, kennt den Grund der Lage. Sie dankt aber nicht daran, der Not der Eisenbahner abzuhelfen. Sie rechnet mit Streiks und rüftet gegen die Eisenbahner.

Der Präsident des Eisenbahndirektionsbezirks Karlsruhe richtete am 24. Dezember an das Reichsverkehrsministerium ein dringendes Telegramm, in dem er darauf hinwies, daß der Notlage der Eisenbahner sofort abgeholfen werden müsse, andernfalls Arbeitsentstellungen unvermeidlich seien und unmittelbar bevorständen.

Die Eisenbahner sind in einer verzweifeltsten Lage. Bei ihren heutigen Bezügen können sie mit ihren Familien nicht existieren. Die Regierung ist aber entschlossen, einen Eisenbahnerstreik mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln niederzuschlagen.

Das beweist ein Rundschreiben der Reichseisenbahndirektion Berlin, in dem aufgefordert wird, Abwehrmaßnahmen für den kommenden Streik zu treffen.

Wo sind die Amtsdame-Führer in dieser Stunde? Der ADGB hat seine Zustimmung zum Stinnesprogramm gegeben und überläßt Cuno und Broener die Ausführung. Jetzt lassen sie die Dingen treiben. Sie warnen vor Einzelaktionen, ohne die einige Abwehrfront zu formieren. Sie halten die Redensarten vom „wildem Streik“ und von der „kommunistischen Macht“ schon jetzt bereit. Sie erwarten den Ausbruch des Konfliktes, um den Kampf dann schnell abzumürhen und die Schuld für die beabsichtigten Massenmaßregelungen dem „verantwortungslosen Vorgehen verbrecherischer Elemente“ und den Kommunisten aufzuhaken.

Die Eisenbahner haben in dieser Stunde niemand, der sie in ihren gerechten Forderungen unterstützt, als ihre Arbeitsbrüder im Verkehr, in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft.

Werden die Eisenbahner zum Kampf getrieben, dann gibt es für das gesamte klassenbewußte Proletariat nur eines:

Solidarität mit den Eisenbahnern!

Das zerstörte Weihnachtsmärchen

A. A. Es sollte eine schöne Weihnachtsfreude für den deutschen Spießbürger werden: die Mark stieg bereits, der Dollar fiel, die Preise sollten herabgehen, Herr Cuno tat bereits so, als hätte er seine amerikanische Anleihe in der Tasche. Die Marktstabilisierung schien kein Märchen mehr, sondern Wirklichkeit. Die Sozialdemokraten, der Herren Cuno und Stinnes allergetreueste Opposition, konnten befriedigt feststellen, daß ihre Methode der Erfüllung und des Schnorrrens bei den fremden Banken dem deutschen Proletariat die Erlösung bringe.

Nun sind alle Träume wieder zerstoßen. Die großen und die kleinen Schnorrer innerhalb und außerhalb der Regierung stehen betäubt da. Nach vor Weihnachten hat sich die Wirklichkeit gegenüber allen Schwindelmannövern der regierungsfremden Presse und Nachrichtenagenturen durchgesetzt. Die Enthüllungen, die der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ über die bevorstehende englisch-französische Einigung brachte, haben den „Vorwärts“ zur Verzweiflung getrieben. Und die Telegramme aus Amerika, die jede Aussicht auf die Hilfe der Dollarkönige für Deutschlands herrschende Klasse zerstören, haben das Barometer der Berliner Stimmung noch tiefer herabgedrückt. Man muß sagen, die Pressemache der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie ist nicht schlecht. Es werden bestimmte Dinge so oft, so bestimmt und so laut ausgesprochen, daß man sie schließlich sogar außerhalb Deutschlands ernst nimmt. Dabei kam manchmal ein Unglück passieren. So hat der deutsche Pressejubil über Briands angeblichen Rückzug vor Lloyd George in Cannes wesentlich dazu beigetragen, daß dieser sozusagen gemäßigter französischer Staatsmann sich das Genick brach und Herr Poincare an seine Stelle trat.

Diesmal hätte freilich selbst eine ganz bescheidene Kenntnis der amerikanischen Politik genügt, um die Schwindelmannövern über die bevorstehende amerikanische Intervention zu zerstreuen. Wie oft soll man es wiederholen, daß das amerikanische Industriekapital nicht darauf angewiesen ist, Mitteleuropa zu sanieren und wieder lauffähig zu machen? Den Amerikanern genügt es, den eigenen inneren Markt beleben, daneben hat das amerikanische Kapital seine starken Interessen in Mittelamerika, Ostasien im Orient (Bretlau) und unter Umständen in Rußland. Eine politische oder wirtschaftliche Intervention der Vereinigten Staaten in Mitteleuropa für Deutschland und gegen Frankreich zu erhoffen, entspricht dem politischen Verstand eines Säuglings oder eines SPD-Redakteurs.

Eine amerikanische Anleihe für Deutschland wäre höchstens ein Privatgeschäft einzelner Banken. Man könnte sich denken, daß die Amerikaner ihre Kassenbestände an deutschen Papiermark nutzbar verwerten und sie gegen entsprechende Wechselzinsen der deutschen Regierung anhängen würden. Eine Dollaranleihe, sei es durch Morgan oder eine andere Firma, wäre nur möglich, wenn der Zinsendienst durch den deutschen Schuldner ab- solut gesichert wäre. Diese Sicherung ist nach Ansicht der amerikanischen Finanzleute auf zweierlei Art möglich: entweder die amerikanische Regierung garantiert eine solche Anleihe Deutschlands; aber das ist zurzeit völlig ausgeschlossen. Sollte Herr Harding es wagen, irgendwie den amerikanischen Steuerzahler als Bürgen für die deutsche bankrotte Republik einzusetzen, so würde ein derartiger Entrüstungssturm der amerikanischen Bevölkerung einleiten, daß der Präsident im Weißen Hause nicht mehr sicher wäre. Die zweite Möglichkeit ist: das Verhältnis zwischen Deutschland und der Entente wird endgültig geregelt und die Ententemächte sorgen selbst durch ihre Kontrolle der deutschen Finanzen dafür, daß Deutschland seine Schulden bezahlt, sodas die Sicherung der Reparations-schuld mit der Sicherung der Anleihe-schuld an Amerika zusammengeht. Mit anderen Worten: die amerikanische Anleihe an Deutschland wird erst möglich, sobald die Reparationsfrage gelöst ist. Erst müssen die Franzosen und Engländer untereinander und mit Deutschland ins Reine kommen, dann wird erst der Amerikaner mit der Dollarbörse aufpassen. Die deutsche Regierungspresse stellt die Dinge gerade auf den Kopf. Sie will den Glauben erwecken, als würde erst Amerika kommen, und

Um die „Reparationen“.

Am ersten Weihnachtstage hielten die guten Christen in Paris, Minister und verschiedene Regierungskommissare, eine Konferenz ab, um den Frieden auf Erden wieder einmal zu sichern. Es wurde über Reparationen und Pfänder verhandelt. Wie die französische Presse behauptet, wurde „nicht mehr von der Bekehrung der Ruhr, sondern von den Mitteln zur Ausbeutung des Ruhrgebietes gesprochen.“ Dieser Ausbeutungsplan, vervollkommen durch Errichtung einer Zolllinie, sei als Pfandnahme und nicht als militärische Expedition zu betrachten. Poincare wollte damit sagen, daß, wenn die französischen Ingenieure von einigen Bataillonen begleitet sein würden, diese „nur“ als Polizeimacht gedacht sind, um das Leben und die Arbeit der französischen Beamten und Ingenieure zu schützen.

Nach den Weihnachtsfeiertagen unternahm die Reparationskommission einen weiteren Schritt auf dem Wege des „Friedens“. Sie hat mit 3 Stimmen gegen die des englischen Delegierten in der Frage der Holzlieferungen die vorläufige Verweigerung Deutschlands festgestellt. Wie der „Times“ bemerkt, habe Frankreich die Möglichkeit, mit dieser Entscheidung auch allein bewaffnet gegen Deutschland vorzugehen, und am 2. Februar jede Forderung Frankreichs mit dieser Fajerklerung der Reparationskommission zu rechtfertigen.

Eine Havas-Meldung aus Berlin besagt, daß Reichszankler Cuno am 31. Dezember in Paris keine neuen Vorschläge vorlegen wird. Die Pariser Presse schreibt ergötzend von einer bevorstehenden Note Poincares über die Stillschließungen, in der Frankreich auch seine Bereitwilligkeit ausprechen werde, konkrete Vorschläge der Reichsregierung zur Regelung der Reparationsfrage entgegenzunehmen.

Die imperialistische Diplomatie und auch das deutsche Kapital hat das Weihnachtsfest nicht untätig verbracht. Statt einer sentimentalen Friedensduselie vollendete sie ihre brutalen Maßnahmen zur Ausbeutung des Proletariats. Die Beschlüsse in Paris und die bevorstehenden Vorschläge Cunos ergänzen sich. Sie sind Teile desselben Stinnesplanes. Auch in Paris wird nicht mehr von der „Bekehrung des Ruhrgebietes“, sondern von seiner „Ausbeutung“ gesprochen. Hat das internationale Proletariat bisher in der direkten militärischen Bekehrung die drohende Gefahr gesehen, so wird es erkennen, daß die friedliche Verständigung nicht minder gefährlich ist. Das revolutionäre Proletariat Frankreichs zeigt den Weg, den die gesamte Arbeiterklasse gehen muß.

Für die ausgeperrten Anilin-Arbeiter!

Arbeiter! Genossen!

Der Gewerkschaftsbürokratie ist es im Verein mit den Anilin-Arbeitern nach wiederholten vergeblichen Versuchen endlich doch gelungen, den Kampf der Ludwigsbaser Arbeiter abzuwürgen.

Ueber 2000 der besten und aktivsten Kollegen sind auf der Streide geblieben, sind arbeitslos. Diese müssen unterstützt werden. Darum, Kollegen, dürfen die Sammlungen nicht eingestellt werden, sondern muß in den Betrieben weiter gesammelt werden, um diese gemäßigten Kollegen so lange über Wasser halten zu können, bis sie wieder Arbeit gefunden haben. Ihr dürft nicht zulassen, daß die besten und aktivsten Kämpfer dem Hungertode überliefert werden.

Alle Geldsendungen sind nur zu richten: Postfach Nr. 140 042 Arthur Bömer, oder an das Sekretariat der deutschen Betriebsräte, an die Adresse August Christ, Faldensteinstraße 19, bei Hensel.

Der Reichsanschuh der deutschen Betriebsräte
J. A. S. Große

dann würde unter dem Druck Amerikas oder angelehnt des amerikanischen Willens, zu borgen, Frankreich seine Reparationsansprüche ermäßigen.

Das entscheidende Wort in der Reparationsfrage haben also, wie bisher, England und Frankreich. Man muß sagen, daß seit Jahren in Paris und London zugleich kein solcher Wille vorhanden war, sich zu vertragen, wie gegenwärtig. Die Londoner Konferenz der Entente-Minister hat zwar keine volle Erklärung gebracht, aber die Vorschläge Cumos sind von der Konferenz einstimmig und ohne nähere Erörterung abgelehnt worden. Ebenso haben die Ententegewaltigen sich geweigert, den Sendboten der deutschen Regierung, den Herrn Bergmann, auch nur anzuhören. Herr Poincare sagte in seiner letzten großen Kammerrede, daß er gegen Bergmann persönlich gar nichts habe. Bergmann sei ein sympathischer und höflicher Mann. Aber die Weigerung, ihn zu empfangen, sollte zeigen, daß man über die Note Cumos auch nicht ein Wort verlieren könne.

Welchen Weg nun die Entente-Regierungen einschlagen wollen, konnte man schon aus den letzten Reden Poincares und Bonar Law's einigermaßen erkennen. Und der absolut zuverlässige Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ hat die Umrisse dieses Planes ausgefüllt. Die englische Öffentlichkeit will von einer plumpen militärischen Besetzung des Ruhrgebiets nichts wissen. Aber das ist gar nicht das Ziel Poincares. Herr Poincare, der nicht umsonst Jahrzehnte lang der gesuchteste Pariser Advokat war, ist nicht der hohlköpfige nationale Phrasenmacher, wie ihn die biederen deutschen Zeitartitel zeichnen. Sondern er ist ein sehr fähler, sehr nüchterner und sehr gewandter Vertrauensmann des französischen Kapitals. Poincare hat es in der eben zitierten Kammerrede ebenso deutlich gesagt, daß Frankreich gar nicht daran denkt, seine Regimenter ins Ruhrgebiet zu schicken, sondern es wird nur seine Zollbeamten und Ingenieure dorthin senden, und dagegen wird auch England nichts haben. Die englische Regierung, die froh ist, mit Frankreichs Hilfe einigermaßen anständig aus der Dardanellen-Angelegenheit herauszukommen, wird die friedliche wirtschaftliche Durchdringung des westdeutschen Industriegebiets durch das französische Kapital nicht hindern können oder wollen. Poincare wird zunächst durch Beschlagnahme der fiskalischen Bergwerke im Ruhrgebiet und der preussischen Staatswaldungen im Rheinland sich die realen Sicherheiten schaffen, von denen solange gesprochen wurde. Frankreich wird auch seine Hand auf die deutschen Zolleinnahmen an der Westgrenze legen und versüßert, überhaupt die Zollhoheit in Westdeutschland an sich zu reißen. Im Besitze solcher Zugewandnisse wird Herr Poincare am 2. Januar 1923 in Paris das Mandat zur Bewilligung der Finanzkontrolle über Deutschland im östlichen und anderen mehr.

Das französische Kapital, das in dieser schon bekannten Form in Westdeutschland einmüht, wird die Bahn frei für die ebenso lange vorbereitete Verständigung zwischen Stines und den Franzosen. Der Verkauf des deutschen Proletariats an die verführte deutsche und französische Kapitalistenklasse, das wird das Neujahrsgeschenk für 1923 sein — wenn die Arbeiterklasse es nicht vorzieht, diese Gabe abzulehnen und selbst die Macht zu übernehmen.

Politische Rundschau.

Sinesgeschäft und Abstimmentag.

Die „Dena“ melden: Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Finanzleuten und Industriellen sind im wesentlichen beendet. Im allgemeinen scheinen die Aussichten für die Beteiligung der Industrie nicht besonders günstig zu sein. Die Industrie hat immer wieder geltend gemacht, daß sie wohl nicht abgenutzt sei, am Wiederaufbau mitzuarbeiten, daß sie aber andererseits auf einer Erhöhung der Produktion durch Verlagerung der Arbeitszeit bestehen müsse. Von Seiten der Regierung wird man daraufhin wahrscheinlich in Kürze mit den Führern der Gewerkschaften beraten, und dann wird auch die Sozialdemokratie zu dieser Frage Stellung nehmen, da sie die Wahrung des Abstimmentages übernommen hat.

Die ersten Opfer der Sklavenbedingungen.

Im Oppauer Werk der Sächsischen Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen ereignete sich am 24. Dezember eine Gasexplosion. Es wurde Schaden an Gebäuden und Apparaten angerichtet. Drei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, drei bis vier andere, darunter der Betriebschemiker, Schnittwunden durch Glasplitzer und dergleichen. Die Explosion wurde verursacht durch Austreten von Gas aus einer Hochdruckleitung.

Die Anilinarbeiter wussten, warum sie 3 1/2 Wochen lang im heftigsten Kampf ihr Mitbestimmungsrecht als einzigen Schutzwall gegen das brutale Mißhandlungs- und Antreiberregiment verteidigten. Es ging um Gesundheit, Leben und Existenz! Nun, da sich infolge des Betrugs der reaktionären Gewerkschaftsbürokraten in der Sächsischen Anilin- und Sodafabrik die Unternehmerrückwärtschancen ausstoben lassen, ist es in der kurzen Zeit seit der Arbeitswiederaufnahme bereits zu einem Betriebsstopp und nun zu der Gasexplosion gekommen. Die bürgerliche Presse versucht diese Unglücksfälle als „Folgen des Streiks“ huzuzellen, während sie in Wahrheit nur daher kommen, daß den Arbeitern nicht die genügende Zeit zur Festigung von Sicherheitsmaßnahmen gelassen wird, und daß ihnen das Recht geraubt ist, um die sofortige Anstellung bemerkter Schäden zu drängen. Die ersten Opfer im Oppau müssen der Gesamtarbeiterklasse eine Mahnung sein, die gewerkschaftlichen Organisationen überall in den Dingen des Kampfes um die Ermächtigung der Arbeiterrechte und des Mitbestimmungsrechtes zu helfen.

Worüber mußt Du die Redaktion und die Bezirksleitung informieren?

1. Die Taktik der Kommunistischen Partei ist abhängig von der jeweiligen politischen Lage. Um sich den gegebenen Verhältnissen anpassen zu können, muß sie nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse beurteilen können, sie muß auch wissen, welche Schritte die Bourgeoisie einzuschlagen beabsichtigt, um sich den wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch eine steigende Belastung der Arbeiter zu entziehen. Die Kommunistische Partei muß vor allem unterrichtet sein, wie das Proletariat auf den sich steigenden Druck des Unternehmertums und die immer größer werdende Not reagiert. Das heißt voraus die Kenntnis einer großen Reihe politischer und wirtschaftlicher Vorgänge, die sich zum Teil abspielen hinter den Kulissen des Staatsapparates, bei den Behörden, in den Parlamenten, jetzt vor allem voraus ein inniges Verbundenheit mit den Arbeitern im Betriebe, in den Gewerkschaften wie in den Arbeiterparteien.

2. Die Berichterstattung über alle wirtschaftlichen und politischen Ereignisse, soweit sie überhaupt der Öffentlichkeit zugänglich ist, liegt heute zum weitaus größten Teil in den Händen der Bourgeoisie. Der Anteil der Arbeiterklasse, insbesondere der Kommunisten, ist verschwindend gering. Der bürgerliche Nachrichtendienst, der die Ereignisse von seinem Klassenstandpunkt aus betrachtet, bringt sie dementsprechend verfälscht an die Öffentlichkeit! Was im Interesse der Bourgeoisie nicht bekannt werden darf, wird dabei ganz einfach unterschlagen.

Der Nachrichtendienst der Bourgeoisie stellt sich somit als eine gewaltige politische Macht dar, die nicht nur das Bürgertum informiert, sondern darüber hinaus das Proletariat systematisch in ihrem Sinne beeinflusst. Unerschöpfliche Geldmittel, ein Netz von Berichterstatern, das die ganze Welt umspannt, weitestgehende Hilfe der staatlichen Stellen ermöglichen ihm das. Daneben haben sich die staatlichen Stellen, die politische Polizei bis herunter in jeden Ort einen eigenen Spionapparat geschaffen, der, eng verbunden mit dem illegalen Nachrichtendienst der offenen Gegenrevolution, heute das gesamte wirtschaftliche und politische Leben berührt und es besonders auf die Verleumdung und Bekämpfung der Kommunisten abgesehen hat. Dieser Einfluß des bürgerlichen Nachrichtensystems, wie er sich besonders in der Presse widerspiegelt, kann im bürgerlichen Staat nur dadurch gebrochen werden, daß wir uns einen eigenen kommunistischen Nachrichtenapparat groß und umfassend ausbauen, nicht mit riesigen Geldmitteln, sondern gestützt auf die Aktivität und die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen.

3. Gilt dies schon für die Berichterstattung über die Ereignisse, so noch viel mehr, wenn es sich um die Beurteilung der Stimmung in der Arbeiterklasse handelt. Hier muß jeder einzelne Genosse sich einsetzen, muß es verstehen, aus den Gesprächen mit den Arbeitskollegen, auf der Straße, in der Bahn, in der Wirtschaft, die politische Einstellung und die Stimmung seiner proletarischen Umgebung zu erkennen und das an die Partei weiterzuvermitteln. Es ist klar, daß damit zugleich eine größere Aktivität der Genossen in der persönlichen Agitation sich ergibt, die aus diesen politischen Gesprächen für jeden Genossen ganz von

selbst entspringt. So wird die Pflicht zur Berichterstattung ein wichtiger Faktor für die geistige Aktivierung unserer Mitglieder.

4. Der Umfang des kommunistischen Nachrichtendienstes ist bestimmt durch die Aufgaben, die ihm gestellt sind. Der Nachrichtendienst hat der Partei für alle Möglichkeiten die Unterlagen zu liefern, und besonders die, welche heute dem Kampf des Tages dienen, die sogenannten alltäglichen, örtlichen, unwichtigen Nachrichten Gerade aus ihnen kann man am besten den Klassenkampfcharakter der heutigen Gesellschaftsordnung zeigen in Verbindung mit der Kenntnis der Pläne und Ziele der Bourgeoisie im allgemeinen. Daneben allerdings soll der Nachrichtendienst schon heute wichtige Vorarbeit leisten für den Fall eines bewaffneten Kampfes mit der bürgerlichen Klasse.

5. Im wesentlichen läßt sich die Arbeit des Nachrichtendienstes in zwei Arbeitsgebiete einteilen, das politisch-wirtschaftliche und das politisch-militärische Gebiet:

a) Das politisch-wirtschaftliche Gebiet: Hierzu gehören vor allen Dingen die Berichte über die Stimmung der Arbeiterklasse in den Betrieben, in Betriebsversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen, bei U.S.P.D.- und U.S.P.-Mitgliedern.

Dazu über die Tätigkeit der Parteien, besonders der reaktionären, die Feststellung ihrer Versammlungstätigkeit, die Stärke ihrer Mitgliedschaft. Hierzu gehört die Beobachtung des bürgerlichen Nachrichtendienstes, der Presse, der Tätigkeit der Behörden, die Verbindung der Regierung mit dem Großkapital usw.

Ferner gehören dazu alle Nachrichten, die für die wirtschaftliche Lage und den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum von Wichtigkeit sind: wie Rundschreiben der Unternehmerverbände, Streik, Aussperrungen, Betriebsstilllegungen.

b) Das politisch-militärische Gebiet: Hier ist zu berichten über die Polizei, die Schupo wie auch die politische Polizei und ihren Spionapparat, über die ganze militärische Konterrevolution, staatliche Militärverbände (Reichswehr) und reaktionäre Geheimorganisationen, wie Orgech, Oberland, Stahlhelm, Koffbach, großdeutsche Arbeiterpartei, deutschsoziale usw., deren Rüstungen und Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, ihre Stärke, Bewaffnung und Verteilung, Transporttransporte, Munitionstransporte, Anfertigung von Kriegsmaterial, Unterführung der Orgechverbände durch Regierung und Großkapital.

In dieser Aufstellung ist natürlich nur das Wichtigste herausgegriffen. Bei allem ist zu beachten, daß nicht nur die Vorgänge an sich festgestellt werden müssen, sondern daß auch ihre Wirkung auf die Stimmung aller Kreise, besonders auf die der Arbeiterklasse von Bedeutung ist.

6. Wird so gehandelt, dann kann unsere Presse wie Organisation wirklich der jeweiligen Situation entsprechend handeln, die Organisation kann sich auf die gegebenen Notwendigkeiten einstellen. Die Agitation der Partei wird den Stimmungen der Arbeiterklasse entsprechen, sie wird den Plänen der Gegenseite zuvorkommen können. Zwischen den Mitgliedern und den Parteigruppen einerseits und zwischen den Leitungen andererseits wird eine Verbindung hergestellt.

Der 24stündige Arbeitstag in der Schupo.

Das preussische Ministerium des Innern hat unter dem Einfluß des Berliner Kommandos der Schupo-Polizei am 1. November 1922 einen Erlass herausgebracht, der den 24stündigen Dienst in der Schupo vorschreibt. Es ist nun bemerkenswert, daß die Polizei in Frankfurt am Main den täglichen 24stündigen Dienst seit Mitte Oktober zur allseitigen Zufriedenheit durchführt. Damit werden alle Einwendungen gegen diese Dienstleistung hinfällig.

Die Frankfurter Schupobeamten saßen in einer Zusammenkunft an die preussische Polizeibeamtenszeitung noch einmal die soziale und hygienische Unmöglichkeit des 24-Stundenarbeitestages zusammen. U. a. schreiben sie: „Wenn man 24 Stunden Dienst hat, dann kann man sich während dieser Zeit nie richtig waschen, man kann nicht ordentlich essen. Auch in bei Regenwetter an ein Ausweichen der notwendigen Kleidungsstücke nicht zu denken.“

Es ist allerdings unglaubhaft, wie die Polizeibeamten um ihre primitivsten Rechte aus wichtigen Gründen betrogen werden. Aber langsam beginnt auch in ihren Reihen die Einsicht zu dämmern, daß mit Bitten die Regierung und die reaktionären höheren Dienststellen nicht zu überzeugen sind, sondern daß es nur Durchsetzung ihrer berechtigten Wünsche eines unabhängigen und energiegelben Kampfes bedarf.

Jeder Arbeiter muß ein Teil dazu beitragen, die Einsicht der Polizeibeamten zu fördern, daß ihre Lage von der Arbeiterklasse in nichts unterschieden ist und daß auch sie, in gemeinsamer Front mit dem klassenbewußten Proletariat sich nur selbst helfen können.

Einzelheiten über den kommunistischen Mord in Curis

Unserem Triester Bruderblatt, „Il Lavoratore“, entnehmen wir folgende Mitteilung über die Vorgänge in Curis: In der Nacht zum 18. Dezember hatte eine Gruppe Fasjisten auf der Straße einen Streit mit einigen unbekanntem Leuten. Es kam zu einer Revolvergefecht, dabei wurde ein Fasjist getötet und ein anderer tödlich verwundet. Obwohl die Ursachen dieses Ereignisses völlig dunkel sind, behaupteten die Fasjisten und die Behörden, daß es sich um ein kommunistisches Attentat gehandelt

habe. Am 18. Dezember erfolgten Massenverhaftungen von Arbeitern. Zugleich machten die Fasjisten mobil und sie drangen in das Gebäude der Turiner Arbeitskammer ein. Sie trafen dort den kommunistischen Abgeordneten Pagella und den Eisenbahner Costa. Beide wurden von den Fasjisten so mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten; man hofft, sie aber wieder herzustellen. Das Gebäude wurde vollkommen demoliert und niedergebrannt. Die fasjistischen Banden verübten eine Reihe von Gewalttaten gegen Arbeiter. Der kommunistische Bericht wurde von mehreren Kugeln durchbohrt, so aufgefunden. Der Genosse Fandi, Vorsitzender der Konsumgenossenschaft der Eisenbahner, ist verwundet; man fürchtet, daß er dasselbe Schicksal hatte. Ein Auto mit Fasjisten fuhr vor der Wohnung des Genossen Pioneri vor; sie trafen ihn gerade beim Essen und zwangen ihn, mitzukommen. Er wurde auf das Auto gezwungen, ins freie Feld hinausgefahren und dort erschossen. Außerdem wurde noch die Leiche eines anderen Arbeiters entdeckt, die noch nicht identifiziert ist. Man hält auch ihn für ein Opfer der Fasjisten. Dazu kommen zahlreiche andere Fälle, in denen Arbeiter mißhandelt oder verwundet wurden.

Das ganze ist ohne Zweifel die Rache der Fasjisten für die letzte Abstimmung der Turiner Metallarbeiter, die eine kommunistische Mehrheit ergeben hatte. Aber alle Schandtaten werden nicht umstände sein, die Turiner Arbeiterklasse in die gelben Verbände hineinzubringen.

Internationaler Protest gegen die englische Blutherrschaft in Südafrika.

Das mitteleuropäische Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale sandte nach Kapstadt folgenden telegraphischen Protest gegen die bereits vorgenommenen und noch beabsichtigten Hinrichtungen revolutionärer Arbeiter.

Die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt erheben mit Empörung Protest gegen die bereits erfolgten und noch beabsichtigten Hinrichtungen von streikenden südafrikanischen Arbeitern. Sie sprechen den brutalen Mörder ihre Verabscheuung aus.

Exekutivbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Etat mit astronomischen Zahlen.

„Die erste Milliarde der zweiten Billion“.

Im Reichstag hat Deser, der neue Minister, den Etatvoranschlag für 1923 vorgebracht. Der Referent erklärte von vornherein, daß der Entwurf ein unvollkommenes und unzuverlässiges Bild der Finanzwirtschaft des Jahres 1923 geben wird. Dieses unvollkommene und unzuverlässige Bild, von dem das „Berliner Tageblatt“ in einer scheinbar offiziös-inspirierten Notiz als von einem Bild aufsteigender Entwicklung und fortschreitender Gesundung redet, zeigt wahrhaft astronomische Ziffern des Fehlbetrages. Der Gesamtfahrbetrag wird nämlich heute geschätzt auf

1 027 700 000 000.

Das ist mehr als eine Billion Mark. Man kann einen solchen Fehlbetrag wahrhaftig als ein Zeichen „aufsteigender Entwicklung und fortschreitender Gesundung“ nur dann nennen, wenn man reif fürs Jenseits ist. Im einzelnen ist zu bemerken, daß im Jahre 1923 250 072 Beamte entlassen werden sollen. Das nennt man bekanntlich sparsame Wirtschaft, die sich bei dem Billionen-Defizit sicherlich außerordentlich schwerwiegend und die „aufsteigende Entwicklung“ fördernd bemerkbar machen wird.

Der ordentliche Haushalt hält — man höre und staune, mit 771,9 Milliarden das Gleichgewicht. Man weiß, wie solche Gleichgewichte hergestellt werden und versteht dann nur nicht, wenn man so naiv ist, an das Gleichgewicht zu glauben, wie sich ein Billionen-Defizit herauskommt. Im außerordentlichen Etat ergibt sich ein „Anleihebedarf“ von

65,8 Milliarden Mark.

Dazu kommt noch ein „Zuschußbedarf“ mit der Kleinigkeit von 449,3 Milliarden. Auf die berühmte Zwangsanleihe werden 99,6 Milliarden „angerechnet“. Bei der Art des „Zwanges“, mit dem die Herren Kapitalisten zum Zeichnen herangezogen werden, braucht die Schätzung nicht im entferntesten zu stimmen. Im übrigen ist es klar, daß bis dahin diese nicht einmal 100 Milliarden einen Dreck wert sein werden. Der Gesamtanleihebetrag für 1923 beläuft sich heute auf 721,6 Milliarden. Wenn man die „Deckung“, d. h. die Milchmädchen-Rechnung mit den 99,6 Milliarden für die Zwangsanleihe ernst nimmt, bleibt als Restbetrag die Kleinigkeit von

622 000 000 000 Mark.

Der Reichspostverwaltung, die mit einem Fehlbetrag von 80,5 Milliarden schon heute aufwartet, wozu noch im außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von ca. 4 Milliarden tritt, kommt der geniale Gedanke, daß „hier nicht lediglich im Wege weiterer rein mechanischer Gebührenerhöhung Wandel geschaffen werden kann“. Wir begrüßenswerten den Herren Stängel zu seiner Einsicht und erwarten, daß er demnächst einen tiefgründigen Sanierungsplan vorlegen wird. Bei der Eisenbahnwirtschaft ist ebenfalls eine „fortschreitende Gesundung“ zu verzeichnen. Der außerordentliche Haushalt weist nämlich einen Anleihebedarf von nur 284,2 Milliarden auf.

Was den Haushalt für die Aushebungen des Friedensvertrages betrifft, so müssen hier 206,4 Milliarden Zuschüsse geleistet werden. Dabei sind die eigentlichen Reparationsleistungen überhaupt noch nicht in Anrechnung gebracht worden. Alles in allem kann man sagen: wenn so weiter „gewirtschaftet“ wird — und es wird so weiter „gewirtschaftet“ — so wird der Bankrott zwar eine zeitlang noch verschleiert werden, aber dann desto kräftiger sein.

Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften.

Nach dem „Vorwärts“ und also auch der gesamten SPD-Presse verfolgen die Kommunisten, die Gewerkschaften zu revolutionieren, um so „den letzten Schuß der Arbeiterschaft gegen die Offensive des Kapitals“ zu verschieben. Und solchen merkwürdigen Plan praktizieren die Kommunisten, weil es ihnen nicht möglich sei, die bürgerliche Gesellschaft umzustellen. Welche Logik! Die SPD will revolutionieren, um die Konterrevolution zu stärken. Dem „Vorwärts“ ist zu gut bekannt, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln ein Revolutionieren der Gewerkschaften zu verhindern sucht, weil die Gewerkschaften in den Fesseln der Arbeitsgemeinschaft das mächtigste Instrument sind, mit dem man nicht nur die Arbeiter knebelt, sondern alle Zwischenschichten vollständig proletarisieren, ehemalige Angehörige des Mittelstandes sogar ins Lumpenproletariat hinabschleudern kann; mit dem man die Konzentrationen des Kapitals und die Ausbeutung des gesamten Volkes in einer noch nie erlebten Weise durchführt.

Die Solidaritätsaktion, die aus Anlaß des Kampfes in Ludwigshafen die deutsche Arbeiterschaft aufgerüttelt hat, zeigt — mit verschwindenden Ausnahmen — daß die Arbeiter die angewandte Taktik als richtig anerkennen. Der Kampf offenbart den tiefen Gegensatz, der zwischen dem Proletariat und der Gewerkschaftsbürokratie besteht.

Der Kampf in Ludwigshafen räumt auf mit der Phrase von der „Unreife der deutschen Arbeiterschaft“. Es war nicht der letzte Kampf, neue, schwere Auseinandersetzungen werden dem Ringen von Ludwigshafen folgen.

Die Gewerkschaftsführer haben jetzt ein neues Argument zur Bemäntelung ihrer Verratspolitik entdeckt. Sie bringen statistisches Material über die gestiegene finanzielle Kraft der Gewerkschaften. Sie wollen beweisen, daß, solange die finanzielle Kraft der Gewerkschaften trotz Geldentwertung nicht die Basis der Vorkriegszeit erreicht habe, es unmöglich sei, „große Kämpfe von längerer Dauer zu führen“. Darum hielten sie derer, die kraftvoll und opfermutig den Kampf wagten und die Mittel aufbrachten. Man bestahl die Arbeiter und forderte, daß niemand sie unterstützen solle — weil sie selber kein Geld haben. Merkwürdige Logik! Nun soll der Wochenbeitrag in der Höhe eines Stundenlohnes erhoben werden. Die Finanzkraft des Verbandes wäre dann nur noch in dem Verhältnis geschwächt, in dem der Reallohn gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist. Hat man erst wieder viel Geld im Kasten, dann wird die Bürokratie noch brutaler gegen die Mitglieder vorgehen als bisher. Die Gewerkschaftsbürokratie will überhaupt grundsätzlich keinen ernsthaften Kampf, sie will das für sie harmonische Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht gefährden. Darum lautet unsere Forderung an die Gewerkschaftsmitglieder:

Mobilisierung aller Kräfte zu rücksichtslosem Kampf gegen eine, die elementarsten Bedingungen proletarischer Demokratie mit Füßen tretende Gewerkschaftsbürokratie.

Es gibt so viele Anknüpfungspunkte, um diesen Kampf mit Erfolg aufzunehmen. Trotz aller Erklärungen des ADGB und der Hauptvorstände, „grundsätzlich“ feilschen um Achtstundentag, ihn mit allen Mitteln zu verteidigen, gab man den Achtstundentag praktisch preis. Nicht die zum Wirtschaftsaufbau genehmigten Ueberstunden bilden die Ausnahme, sondern der Achtstundentag ist

bereits eine Ausnahmemaßnahme. Die Gewerkschaften erklären sich bei allen möglichen Gelegenheiten bereit, solchen Ueberstunden tariflich keinen Widerstand entgegenzusetzen. Sie tun dies, obwohl eine ungeheure Arbeitslosigkeit im Hintergrund steht. Mit Bettelepfennigen werden die wenigen Arbeitslosen abgekostet, die aus dem jetzt schon großen Heer der Arbeitslosen das „Glück“ haben, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Diese Bettelepfennige, jetzt schon aus der Lohnsteuer der Arbeiter bezahlt, sollen in Zukunft zu einem Drittel direkt von den Arbeitern getragen werden. So will es die vom Reichstag verabschiedete Arbeitslosenversicherung.

Im Februar finden im ganzen Reich die Vorbereitungen zur Neuwahl der Betriebsräte statt. Den Betriebsräten ist mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie ein Teil des früheren Einflusses geraubt worden. Sie sollen nach dem Willen der Bongaer weder Einfluß auf den Abschluß von Tarifverträgen, noch in der Frage der Ueberstunden haben. Die Betriebsräte sollen lediglich Hilfsorgane der Gewerkschaften sein, die die Ausführung der von der Bürokratie getätigten Abmachungen vorzunehmen haben. Die Betriebsräte müssen jedoch versuchen, maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß der in Frage kommenden Verträge zu gewinnen. Sie sollen Organe sein, die der anarchisierenden Willkür der Kapitalisten eine proletarische Produktionskontrolle entgegenstellen. Zu diesem Zwecke ist eine straffere, über den Ort hinausgehende Zusammenfassung der Betriebsräte notwendig. Diese Zusammenfassung findet bei der zünftlerischen Bürokratie besonders starke Widerstände; sie zeigen sich in der Aneignung gegen die Industrieverbände. Dem kleinen Vorstoß auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress folgte in der letzten Ausschüßigung des ADGB eine vollständige Kapitulation vor der Reaktion; man beschloß, den jetzigen Besitzstand der Gewerkschaften anzuerkennen, und eine weitere Regelung dem nächsten Kongress vorzubehalten.

Die Internationale Politik der Gewerkschaften, insbesondere die Einstellung des ADGB zur Reparationsfrage, die sich von der Außenpolitik der bürgerlichen Koalitionsparteien nicht unterscheidet, gibt den Schlüssel zur gesamten Tätigkeit der Bürokratie auch im Innern. Heißes Zurückweichen vor allen Schlägen der Entente-Bourgeoisie sind ihre Taten, ein Verbiegen hinter der angeblichen Untätigkeit der Arbeiter der westlichen Länder, soll ihr Paktieren mit den deutschen Kapitalisten gegen das Proletariat rechtfertigen.

Diese Politik hat das Proletariat immer tiefer ins Elend geführt. Nicht nur für die deutschen, auch für die französischen, für die gesamten Arbeiter schlägt die Politik der Arbeitsgemeinschaft für kapitalistischen Wiederaufbau um in konterrevolutionäre, arbeiterfeindliche, wirtschaftlich zerstörende und verwüstende Maßnahmen. Die Gewerkschaften thronen auf einem selbstgeschaffenen Trümmerhaufen. Es kann nicht eher der Gesundungsprozeß beginnen, bis die Arbeiter das Gemeingefährliche der bisherigen Gewerkschaftstaktik erkennen und sie, mit den allen Führern oder gegen die Zunft der Bürokratie, in Gemeinschaft mit den Betriebsräten durch Kampf und Sieg, entscheidend die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmen und sie ausschlaggebend die Produktion kontrollieren.

Darum, Genossen, Revolutionäre! Zerbricht nicht die Gewerkschaften, erobert sie, erfüllt sie mit eurem Geiste, mit dem Geiste des Klassenkampfes. Hinzu in die Gewerkschaften!

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

15.

Mit jedem Tage fand Ilya an dem Ehepaar Antonow größeren Gefallen, und er beneidete sie um ihr behagliches, ruhiges Leben. Er liebte die Polizeibeamten im allgemeinen nicht, denn er sah viel Böses von ihnen, aber Kiril erschien ihm wie ein einfacher Arbeitermensch — gutmütig und beschränkt. Er war der Körper, seine Frau — die Seele. Er war selten zu Hause und hatte dabei nicht viel zu bedeuten. Satjana Blahjewna beharrte immer ungenierter gegen Ilya. Sie hat ihn, Holz zu hacken, Wasser zu holen, den Spüleimer auszugießen. Er erfüllte diensteifrig ihre Bitten, und ohne daß er es merkte, wurden diese kleinen Berrichtungen für ihn zur täglichen Pflicht. Da entließ die Witwin das hochadelige Mädchen, das bei ihr aufwartete, und ließ sie nur noch am Sonnabend kommen.

Bisweilen kamen zu Antonow auch Gäste. Dosters erfanden der Assistent des Stadtteilinspektors Karaslow, ein hagerer Mensch mit langem Schnurrbart. Er trug eine dunkle Brille, rauchte diese Zigaretten, konnte die Drohnenfischer nicht leiden und sprach stets von ihnen in großer Erregtheit.

Niemand versteht so oft gegen Ordnung und Anstand, wie diese Drohnenfischer, rasonierte er. Ein zu freches Viehzug. Die Fußgänger kann man im Straßenverkehr stets in Ordnung halten, es bedarf dazu nur einer Bekanntschaft in den Zeitungen von Seiten des Polizeimeisters. Wer die Straßen abwärtet geht, hat sich recht, wer aufwärts geht, hat sich links zu halten — und sofort ist in der Bewegung der Passanten die schönste Ordnung da. Aber diese Rufführer mit gar keiner Bekanntschaft heizubommen. So'n Rufführer — der ist ... na, weiß der Teufel, was er eigentlich ist!

Ueber die Drohnenfischer konnte er den ganzen Abend reden, und Lunow hörte ihn nie von irgend etwas anderem sprechen.

Serner kam zu Antonow noch der Inspektor des Kinderasyls, Orslow, ein schweißgamer Mensch mit einem schwarzen Vollbart. Er liebte es, mit seiner Bahntimme das Bier „Ueber's Meer, übers Meer, übers blaue Meer“ vorzutragen, und seine Gattin, eine statliche, üppige Frau mit großen Zähnen, als jedesmal bei Satjana Blahjewna das ganze Konzept auf, was den Antonow'schen Berrichtung gab, nach ihrem Begehren gehörig über sie herzugießen.

„Das tut Jutjata Jegorowna mir zum Poffen! Was nur an Sühigkeiten auf den Tisch kommt, — alles kriegt sie auf!“

Dann erschien auch Alexandra Fedorowna Strawlina mit ihrem Gatten. Sie war eine hochgewachsene, schlank Person mit großer Nase und kurzgeschrittenem roten Haar. Sie hatte großen Augen und eine tiefende Stimme und schneute sich oft mit einem stakamen Laut, als ob ein Stiefel durch sie gehen würde. Ihr Gatte litt an einer Halskrankheit und sprach darum stets küstend, doch redete er unaufhörlich, Stundenlang, und es kam aus seinem Munde wie das Rascheln trockenen Strohes. Er war ein sehr vernünftiger Herr, hatte bei der Polizeiverwaltung gedient und war Vorstand irgendeiner wohlthätigen Gesellschaft. Beide, er und seine Gattin, sprachen überhaupt nur von Wohlthätigkeitsangelegenheiten.

„Denken Sie, was für eine Geschichte wirklich in unserem Verein passiert ist!“

„Ach ja ja ja ja — stellen Sie sich nur vor!“ rief seine Gattin.

„Wird da ein Unterstützungsgeld eingereicht ...“

„Ich sage Ihnen, diese wohlthätigen Anstalten verderben die Leute.“

„Schreut da also ne Frau: ihr Mann sei gestorben, sie habe drei Kinder, die kein Brot hätten, und sie sei immerfort krank!“

„Die alte Geschichte, wissen Sie!“

„Es werden ihr drei Rubel bewilligt ...“

„Ich aber — ich glaube diesen Witwen natürlich nicht.“

riß Alexandra Fedorowna triumphierend.

„Meine Frau sagt also zu mir: Hör mal, sagt sie, ich will doch erst mal sehen, was Gottes Kind die Person ist.“

„Und was stellt sich heraus? Der Mann ist bereits vor fünf Jahren gestorben ...“

„Kinder hat sie zwei, nicht drei ...“

„Was Sie sagen!“

„Und dabei ist sie ein ferngesehendes Weibsbild!“

„Da hab' ich sie mir aber gekauft: Sag mal, Mütterchen, willst du wegen Betrug vor den Friedensrichter kommen?“

Sie fiel mit natürlich zu Füßen ...“

„Ha ha ha“, lachte Kiril Antonow.

Und alle lachten Alexandra Fedorowna wegen ihres Scharfsinns und Klampfen auf die Armen, die sie der Berrichtung, der Habgier und der Unehrethätigkeit gegen ihre Wohlthäter beschuldigten.

Lunow sah in seinem Zimmer und hörte aufmerksam auf die Gespräche, die nebenan geführt wurden. Er wollte be-

greifen, wie eigentlich diese Leute über das Leben denken und reden. Aber was er hörte, blieb ihm unverständlich. Es war, als ob diese Leute längst über alles unter sich ein wären, alle Fragen des Lebens entschieden hätten, alles wüßten — und sie verurteilten alle Leute, die anders lebten wie sie selbst, auf das Strengste. Am häufigsten unterhielten sie sich über allerlei Familienstandale, über die verschiedenen Andachten in der Kathedrale, über die schlechte Ausführung ihrer Bekannten. Es langweilte Ilya, ihnen zuzuhören.

Bisweilen luden die Wirtheute des Abends ihren Mieter zum Tee ein. Beim Tee scherzte Satjana Blahjewna munter, und ihr Gatte schwärmte davon, wie schön es doch wäre, wenn er mit einem Male reich werden, den Dienst aufgeben und sich ein Haus kaufen könnte.

„Dann würde ich mir Hühner halten ...“ sagte er und kniff lustern die Augen zusammen. Alle Sorten von Hühnern: Brahmaputra, Cochinchina, Perlhühner, Truthühner — und einen Paul. Ja! ... Und dann so im Schlafrock am Fenster zu sitzen, eine duftige Zigarette zu rauchen und zuzusehen, wie auf dem Hofe der Pfau — mein eigener Pfau! — sein Rad schlägt — das war ein Leben! Wie ein Polizeimeister würde er herumspazieren und in einem fort tollern: Brlju ... brlju ... brlju!“

Satjana Blahjewna lächelte und schmelzte, indem sie auf Ilya sah, auf ihre Weise in zukünftigen Gemüthen:

„Und ich würde dann jeden Sommer eine Reise machen, in die Krim oder in den Kaukasus, und im Winter würde ich in den Vorstand irgendeines Wohlthätigkeitsvereins eintreten. Dann würde ich mir ein schwarzes Tuchkleid machen lassen, ganz einfach, ohne allen Ausputz, und würde nichts weiter dazu tragen als eine Broche mit einem Rubin und Ohrringe mit Perlen. Ich hab' in der „Nitsa“ ein Gedicht gelesen, darin hieß es, daß das Blut und die Tränen der Armen im Zerker sich in Perlen und Rubine verwandeln ...“ Und mit einem leisen Seufzer fügte sie hinzu: „Rubine stehen bräuneten Damen auszeichnet ...“

Ilya schloß und lächelte. Im Zimmer war es mollig und sauber. Ein angenehmer Seegeuch und noch irgendein anderer angenehmer Duft erfüllte den Raum. In den Räumen schliefen, zu kleinen Federkissen geballt, die Vögel, an den Händen hing ein paar grolle Bilder. Eine kleine Stager zwischen beiden Fenstern war mit allerhand hübschen Büchchen, Zehnchen aus Porzellan und bunten Ornamenten aus Zuder oder Glas bedeckt. Alles das gefiel Ilya und erfüllte ihn mit einer Art angenehmer, sanfter Wehmut.

(Fortsetzung folgt)

Gewerkschaftsbewegung.

Die Celer des „Kommunistischen Gewerkschafters“.

In verschiedenen Parteizeitungen wurde bei der Ankündigung der Nr. 39 des „K. G.“ der Preis hierfür mit 20 Mark angegeben. Der Preis für diese Nummer beträgt aber in Wirklichkeit nur 40 Mark. Wir ersuchen unsere Genossen, für die weiteste Verbreitung dieses unseres Kampforganes zu sorgen.

Die nächste Nummer des „K. G.“ die sich vor allen Dingen mit den Verhandlungen und den Ergebnissen des 2. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale befassen wird, muß als Kampfunterlage gegen die gelbe Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die weiteste Verbreitung nicht nur unter unseren Genossen, sondern vor allen Dingen auch unter den anderen Sympathisierenden Gewerkschaftskollegen finden.

Diese Nummer wird als die erste Nummer des neuen Jahrganges am 2. Januar zum Versand kommen.

Für den mehr als abgeschlossenen Jahrgang 1922 des „K. G.“ werden wir ein ausführliches Inhaltsverzeichnis im Sonderdruck herstellen und dieses zum Preise von 25 Mark zum Verkauf bringen. Wir erlauben jetzt schon die Bestellungen, vor allen Dingen aber unsere Genossen in den Betrieben, Bestellungen für dieses Inhaltsverzeichnis entgegenzunehmen und an die zuständige Bezirksleitung oder an die Gewerkschaftsabteilung der KPD einzulassen. Dieses Inhaltsverzeichnis wird ergänzt durch das Inhaltsverzeichnis des „Kommunistischen Gewerkschafters“.

Die Gewerkschaftsabteilung wird eine beschränkte Anzahl von Jahrgängen des „K. G.“ binden lassen. Bestellungen für gebundene Exemplare müssen ebenfalls so schnell als möglich an die Gewerkschaftsabteilung der KPD gerichtet werden.

Die politische Neutralität der Gewerkschaften.

Die neueste Nummer des „Korrespondenzblattes“ beschäftigt sich mit den Angriffen, die vor allen Dingen die Arbeiter gegen die Haltung der Gewerkschaftsleitungen bei der kürzlich abgehaltenen Wahl erhoben haben. Wir konnten anlässlich dieser Wahl nachweisen, daß nicht nur die Gewerkschaftsleitungen in Sachsen, sondern fast sämtliche Hauptvorstände mit Wort und Schrift, mit Einigen des gesamten bürokratischen Apparates und mit Gewährungen großer finanzieller Mittel für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten in den sächsischen Landtag eingetreten sind. Diese Kritik veranlaßt den ADGB, gegen die hartnäckigsten Auswüchse dieser offensündigen Verletzung der politischen Neutralität, gegen die Kontrollmaßnahmen der Gewerkschaften in Sachen Front zu machen. Gegen die Angriffe ist sämtlicher Amsterdamer Gewerkschaftsorgane, die sich vor allen Dingen gegen die Kommunistische Partei richteten, gegen die Gewährung von über drei Millionen Mark aus den Mitteln der gewerkschaftlichen Kassen werden sich der ADGB nicht, weil er weiß, daß die Gewerkschaften unter seiner Führung doch fortfahren werden in ihrer Bekämpfung der kommunistischen Partei. Die Arbeiter werden aus dieser einseitigen Haltung des ADGB, der sich immer als der Ersthelfer der Bundesleitungen betrachtet, erneut erkennen die Richtigkeit des Kampfes der Kommunisten gegen diese, gegen den Willen der Mitglieder arbeitende Gewerkschaftsbürokratie.

von Brennstoffen für die neue Wohnung zu vermeiden, ist es notwendig, sofort im Büro für die Kohlenbeschaffung, An der Magdalenastraße 10, unter Vorlegung des Mietvertrages, eine neue Kohlenkarte zu beantragen.

Achtung!

Genossen! Genossinnen! Klassenbewußte Arbeiter, Arbeiterinnen des Bezirks West (Distrikte 2, 3, 4)!

Sonntag, den 31. Dezember, abds. 8 Uhr

Sylvesterfeier

(Revolutionärer Unterhaltungs-Abend)

bei Graf, Westendstraße Nr. 39

hierzu sind alle Genossen und Genossinnen sowie Sympathisierende herzlichst und zahlreich eingeladen.

Der Bezirksführer.

Dittersbach.

Soziale Volksfürsorge und Volkswohlfahrt im Dienste kommunaler Gemeindevorteiler!

Ein Arbeiter schreibt uns:

In dem sächsischen Industrieort Dittersbach bei Waldenburg, Hauptstraße 136, wohnt der Bergmann Karl Hielscher. Dieser hat betreffende Genosse besitzt einen im Jahre 1905 geborenen Sohn, der vor einer Reihe von Jahren infolge Krankheit taubstumm wurde. Als dieser unglückliche Sohn nun das schulpflichtige Alter erreichte, mußte er laut Bestimmung der Behörde der Taubstummenanstalt Liegnitz zugeführt werden, obwohl der Vater des Kindes, Genosse Hielscher, dem damals amtierenden Anstaltsleiter erklärte, es sei ihm unmöglich, für die daraus entstehenden Kosten aufzukommen, wurde der Sohn doch 8 Jahre in der Anstalt belassen, um ihn für das Erwerbsleben tauglich zu machen. Im Jahre 1920 erhielt Hielscher seinen Sohn zurück. Während der 10 Jahre hat man Genossen Hielscher ungebührlich gelassen. Heute, nach 10 Jahren, wo die Gemeindevortretung Dittersbach eine rein sozialistische ist, hat man unserem Genossen Hielscher kurzweg die Pistole auf die Brust gesetzt mit den Worten: entweder du bezahlst der Gemeindevortretung Dittersbach die für die 8 Jahre entstandenen Kosten, oder — ? mir verzeihen dich und lassen dich pfänden. Soweit also die praktische Ausübung sozialer Volksfürsorge durch eine rein sozialistische Gemeindevortretung. Was man sich früher leisten zu tun, befolgt man heute mit Brutalität. Die Maßnahme des Magistrats ist um so unverständlicher, als Kamerad Hielscher heute weniger in der Lage zu bezahlen ist, als früher, da er leidet an einer schweren Krankheit leidet. Seine Frau ist ebenfalls krank. Und trotzdem geht der sozialistische Magistrat so gegen unseren Genossen vor.

Münsterberg.

Sozialdemokraten als Hausbesitzervertreter.

Man schreibt uns:

Herrn Mitteilungsamt wurde mit eine Wohnung beim Kaufmann Hübzig zugebrochen. Selbiger verklagte mich deshalb beim Amtsgericht, wo ich am 14. Dezember Termin hatte. Infolge Tagesverwechslung war ich beim Termin nicht anwesend. Als ich am Nachmittag von der Arbeit kam, sprach ein Herr Schwarzer vor und sagte wörtlich: Ich möchte gern wissen, wie Sie sich zur Wohnungsverweigerung stellen. Ich habe einen ähnlichen Fall und so würde ich mich danach richten. Ich will nicht etwa Ihre Wohnung, das liegt mir fern, nur bin ich der Meinung, daß es besser wäre, Sie würden die Wohnung verlassen. Ich entgegnete ihm, daß ich die Wohnung nicht verlassen kann, da mir sonst das Wohnamt keine andere Wohnung mehr zuwenden würde. Der Herr Schwarzer machte noch verschiedene Einwendungen, ich ließ mich jedoch nicht davon einfallen lassen, was der andere Termin festzusetzen soll, ging ich zum Rechtsanwalt von Herrn Hübzig. Kaum hatte ich Platz genommen, erklärten Herr Hübzig und Herr Schwarzer, nun mache ich Beschwerde, daß Schwarzer im Punkte von Hübzig liegt (Herr Hübzig ist mehrmals Millionär), um nur die Abweisung der Wohnung fernzuhalten. Es geschah sich also drei (Hübzig, Schwarzer und der Rechtsanwalt) die größte Mühe, mich zur Abweisung der Wohnung zu erklären, jedoch vergeblich. Ich ging zum Amtsgericht und dort wurde mir der Bescheid, daß der Kaufmann Hübzig abgewiesen ist und nur durch meine Abweisung die Wohnung erhalten kann. Schwarzer ist sozialdemokratischer Stadtdirektor und Hausbesitzervertreter.

Ich erlaube es den Arbeitern, ein Urteil über diesen Herrn zu fällen.

Unter dem Deckmantel grüßlicher Hochachtung auf dem Gemüßweg.

Bei der letzten Parteiverammlung der Provinz Donau- und Ostpreußen wurde unter „Vorwissen“ die Mitteilung gemacht, daß sich der Ortsvorsitz des ADGB mit dem Kreisvorsitz in Verbindung gesetzt habe wegen Unterstützung der Rentenempfänger und bedürftiger Arbeiter. In diesem Zweck sollen die Arbeiter des Monats eine Meberwoche leisten. Die Unterstützung sollen 20 Proz. Zuschlag zum Stundenlohn geben. Es würden monatlich umgerechnet 1 1/2 Millionen Mark in natura kommen, welches eine höhere Summe sei.

Genossin die Parteivorstände haben sich derweilen 20 000 000 Mark pro Morgen abgemacht. Ja bei Anwesenheit führte ich aus, daß wir als Arbeiter kein Interesse daran haben, es vielmehr Sache des Staates sei, für die Rentner und anderen Hilflosen zu sorgen, denn es ist eine alte sozialistische Forderung, daß der Staat für das Alter sorgen soll. Wenn man der Staat keine Beschäftigung nicht nachkommen kann, soll man nicht zum Arbeiter werden, der sich verachtet ist. Eine letzte ließ der Gewerkschaftsleiter Fingla von der Hand der Parteivorstände den Inhalt ein Gespräch gegen die Kommunisten, er sprach mit Genossen, Salomon, Gewerkschaftsvertreter und Genossen. Es war der Bescheid, daß ich das richtig gesehen hatte. Genossin führte dieser Herr aus, daß die Kommunisten die Arbeiter ins Unglück führen, Arbeiterstand und jetzt Selbständigen werden es denn die Sache nicht geht, nachzugeben die Forderungen, welche mich zunächst zum Wort und zuletzt diese Worte. Richt unsere Forderungen verlassen die Kommunisten Praktiker, jedoch bei Bekämpfung des Kapitalbesitzes hat es die Reduzierung mit sich selbst an der Spitze für mich schwebend, nach Mittelbeschaffung zu kämpfen, um bei den Arbeitern etwas zu machen.

Bei Bekämpfung des Kapitalbesitzes geleitet werden soll, um der größte Teil dagegen. Es wurde nun die Maß angegriffen, und unter Schwänzen haben diese Herren, doch eine Meberwoche zu leisten, da sie das Beschäftigen gegeben hätten. Hochachtung abgemacht, laut alles dagegen.

Zug darauf feug mich ein Führer der Arbeiterbewegung, warum ich gegen die Sammlung gesprochen hätte? Die Unterstützung sollte als Agitationsmittel für die KPD gelten, um diejenigen, welche noch abseits von der KPD stehen, heranzuführen, und da kommt ein Kommunist und wirft den ganzen Plan über den Haufen. Damit hat dieser „Führer“ die KPD demaskiert und damit den Beweis erbracht, daß es der KPD, weniger darauf ankommt, den Rentnern zu helfen, als Klame für die Partei zu machen. Die Arbeiterkraft hat gezeigt, daß sie nicht mehr gewillt ist, zu tanzen, wie die Bonken spielen.

Oppeln.

Herr Staatsanwalt!

Man schreibt uns: Vor circa vier Wochen begab sich der noch nicht 20 Jahre alte Konrad Fister aus Oppeln, von seinen Eltern geschickt, zum Einkauf nach Breslau. Auf dem Neumarkt, auf dem sein Weg vorbeiführte, kaufte der junge Mann in seiner Dummheit zwei Taschenuhren von, seiner Ansicht nach im Not befindlichen, Leuten ab und zeigte diese Uhren voller Freude über den billigen Kauf am Bahnhof einigen am seinem Platz befindlichen Reisenden. Im gleichen Moment wurde der junge Mensch von der Schupo festgenommen und wird heute noch, nach vier Wochen, wegen Verdacht, daß die Uhren gestohlen seien, festgehalten. Erich mehrfach Verleumdungen der Eltern, die selbst in Breslau vorstellig wurden, ist eine Freilassung oder Aburteilung (wenn überhaupt eine erfolgen kann), bis jetzt nicht erfolgt. Herr Staatsanwalt, wann gedenken Sie den „Fall“ zu erledigen.

Briefkasten.

Rothenbach. Die Zeitungen sind von hier überwiesen. An die Post nichts bezahlen, da sonst Zeitungen doppelt kommen. In diesem Falle Annahme verweigern.

Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile und die, Rubrik muß ein Betrag von 6 A gezahlt werden.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernruf: Amt Ring 8837. Adresse: Alfred Oelchner, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 68864. Alfred Oelchner.

Breslau. Freitag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre. Es müssen teillos erscheinen, alle Ortsleiter, alle Haupt- und sämtliche Unterleiter, Ortsleitungsmitglieder, erscheinen eine Stunde früher.

Hollendorf. Mittwoch, Genossen. Sonabend, den 30. Dezember, findet im Gasthaus zur Reichshöhe andere Generalversammlung statt. Der Wichtigkeit halber darf kein Genosse und keine Genossin fehlen.

Kellerei. 30. Sonabend, 30. Dezember, äußerst wichtige Mitgliederversammlung. Anwesenheit der Mitglieder ist absolut notwendig. Alle Genossen müssen erscheinen. Sympathisierende willkommen.

KJD Bezirksleitung: Max Glaser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 67535 Max Glaser.

Breslau. Freitag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Minoschenhof unsere jetzt fällige allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Restoff und Gemeinleiter muß Bericht geben über seine bisherige Tätigkeit. Jeweils Vorkommnisse müssen die Gemeinleiter und Jugendgruppenführer eine halbe Stunde früher erscheinen.

Lehau. Sonabend, 30. Dezember, Generalversammlung. Da noch zum Jahresabschluss wichtige Entscheidungen zu treffen sind, muß jeder Genosse und Genossin zur Stelle sein. Wahl der Delegierten zu den Bildungsstufen in Landesgut.

Waldenburg-Dittersbach. Sonabend, den 30. Dezember, abends 9 Uhr, Ortsleitungsversammlung im Heim.

Sonntag, den 31. Dezember, nachm. 2 Uhr, Funktionärvers. nachm. 4 Uhr Monatsversammlung. Jeweiltiges Erscheinen ist Pflicht.

Gewerkschaften

Breslau. Sonabend, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, haben die Betriebsräte und Vertrauensleute des S. R. B. im Parteibüro Sitzung.

Mittelbauern. Sonabend, den 30. Dezember, nachm. 5 Uhr, bei Gen. Ad. Franz, Fraktionsführung der Bauarbeiter.

Sonntag, den 31. Dezember, nachm. 10 Uhr, bei Genossen Frau Fietz, Wäpfergasse 148, Licht-Haus, Fraktionsführung der Parteidelegierten.

Verantwortlicher Redaktor: Carl Hartig; Inzerat Max Hoffner. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Alle Zusendungen in Gewerkschaftsangelegenheiten an das Sekretariat, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

2 Zeitungs-Kolporteurs

für Freiburg und Pilsnitz für die Schlesisch. Arbeiter-Zeitung gesucht. Zu melden bei Richard Krasocke, Freiburg, Bubenau Nr. 4.

Breslau. Lokales.

Die Fernspreckgebühren.

Die Fernspreckgebühren nach §§ 4 und 8 des Fernspreckgesetzes vom 11. Juli 1921 sind durch die Verordnung vom 7. Dezember 1922 neu festgelegt worden. Zu diesen Gebühren und zu den in § 3 des Fernspreckgesetzes bestimmten Gebühren wird ein Steuerzuschlag von 2000 vom Hundert erhoben. Danach beträgt die Jahres-Grundgebühr für die Überleitung und Unterhaltung eines Hauptanschlusses (ohne Gesprächsgebühren) vom 1. Januar 1923 an im Ortsnetze mit

11 400 Mk	11 400 Hauptanschlüssen	12 600
mehr als 50 bis einzahl.	100 Hauptanschlüssen	13 800
100	500	15 000
500	1 000	16 200
1 000	5 000	18 000
5 000	10 000	19 200
10 000	50 000	21 400
50 000	100 000	22 600
100 000	150 000	
150 000	200 000	

Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt vom 1. Januar 1923 an die Gebühr für ein Ferngespräch aus 15 Mark. Für die Benutzung der Fernleitungen ist vom 1. Januar 1923 an zu zahlen für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer bei einer Entfernung:

bis zu 5 km einschließlich	15 Mk.
von mehr als 5 bis 15 km einzahl.	45
15	75
25	110
30	145
40	210

Über 100 Kilometer, für jede angefangene weitere 100 Kilometer 90 Mark mehr.

Bei öffentlichen Sprechstellen beträgt vom 1. Januar 1923 an die Gebühr für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer im Ortsnetze und im Fernnetze auf Entfernungen von nicht mehr als fünf Kilometer 30 Mark.

Die Breslauer Sipo auf der Wacht.

Ein Arbeiter schreibt uns:
Seit einigen Tagen sind Störenfriede in den Straßen vorgedrungen auf dem Felde, um auf Arbeiterhandwerker, die in die Fabriken gehen, zu achten. Die Handwerker werden auf der Straße aufgehalten, bis sie ihren Namen und ihre Wohnung angegeben haben. Dabei geht's ohne Zwischenfälle ab.

Da es in den Morgenstunden schon hell ist und die Handwerker der Polizei nicht vom Handlichen auf den Verkehr hindern ist, kann es sich nur um Späher gegen die Arbeiter und Arbeiterhandwerker handeln. Diese sind die „Sipo“, die sich mit unerschrockener Gewaltmaßnahme und ohne Rücksicht auf Verluste, werden nicht angehalten. Da wenig die Sipo immer Finger lassen. Denn in den Augen dieser Sipo sind die Handwerker, sondern polizeiliche Späher, die wenig noch verbotene Waren verkaufen. Wer die Späher haben in der handwerklichen Welt ist ein einmal das Versteht. Und die Polizisten sind freudlich. Arbeiter, merkt es auch, wie man sich behandelt.

Einjahresrechnungen der Posa in Breslau.

Die Jahresrechnung wurde bekannt. Die Jahresrechnung findet am 31. Dezember bis Sonntag statt. Am 1. Januar werden zwei Monatsrechnungen angelegt. Am 31. 12. erfolgt eine Zwischenrechnung mit in allen Umständen vollständige eine Halbjahresrechnung. Die Geld- und Bilanzrechnungen stehen am 1. Januar.

Für den bevorstehenden Jahresabschluss wird erneut darauf hingewiesen, daß die Kohlenkarte für die alte Wohnung von den Bausparvereinsangehörigen eingezogen zu werden, da mit der Aufgabe der Wohnung auch das dafür bezahlte Darlehen erlischt. Bei der Meldung von Änderungen auf den Bausparvereinsangehörigen ist also auch die Kohlenkarte für die neue Wohnung abzugeben. Der Antrag in der Jahresrechnung.

Wir suchen per sofort zu kaufen einen gebrauchten, aber gut erhaltenen Handwagen, mit 6-8 Zentner Tragkraft.

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Proletarier lies!
Nur durch die Vartierung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden.
Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur aufzuweisen.